

Italia all'arrabbiata oder wie es ein deutscher Kanzler schafft,
eine gesamte Nation zu erzürnen

Italienische Einigkeit gegen Schröders Entgleisung

Damian Grasmück

Wenn sich Don Camillo und Peppone streiten, lachen die Deutschen. Dies ist schon fast symptomatisch für das Verhältnis zwischen Italien und Deutschland. Die Rollen scheinen seit Jahrzehnten klar aufgeteilt: Während am Rhein beziehungsweise neuerdings an der Spree kühle Sachpolitik betrieben wird, geht es am Tiber heiß her. Die italienischen Parteien verstricken sich regelmäßig in Kleingesänk, und eine Regierungskrise jagt die andere, so das gängige Bild. Für eine solche Politik hat man in Deutschland nur ein müdes Lächeln übrig. Doch diesmal war alles anders. Von links bis rechts herrschte in Rom eine fast schon trügerisch anmutende Einigkeit. Italiens Politiker, die sich sonst allzu gern gegenseitig anfeinden, übten plötzlich den nationalen Schulterschluss. Was war geschehen?

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder vertrat die Ansicht, die Europäische Union müsste analog zu Österreich auch im Falle Italiens intervenieren, „säßen dort wieder Neofaschisten am Regierungstisch“ – eine klare Anspielung auf die Regierungsbeteiligung der Alleanza Nazionale (Nationale Allianz, AN) unter Silvio Berlusconi im Jahr 1994. Nachzulesen war dies in einem Interview der Wochenzeitung *Die*

Zeit vom 17. Februar, das zeitgleich auch im Mailänder *Corriere della Sera* veröffentlicht wurde. Damit entfachte Schröder jenseits der Alpen einen Sturm der Entrüstung. Italien sah sich in seiner Ehre als demokratisches EG-Gründungsmitglied durch den „deutschen Lehrmeister“ verletzt. Politiker aller Couleur meldeten sich zu Wort, wobei der Tenor immer der gleiche war: Die Äußerung Schröders wurde als völlig unqualifiziert abgetan.

Empört reagierte zunächst der implizit Angesprochene, AN-Chef Gianfranco Fini. Er sah hierin eine „gemeine Provokation“, die es verdiene, verrissen zu werden, und fügte lax hinzu, Welch „schlechte Figur der große Kanzler und sozialdemokratische Führer“ doch mache. Kurz darauf kam Finis Bündnispartner und Oppositionschef Berlusconi zu Hilfe und stimmte in den Anti-Schröder-Chor ein: „Abgesehen von der Tatsache, dass es keine neofaschistischen Kräfte gibt, die nach Regierungsposten streben, ist dies eine inakzeptable Einmischung in Italiens innere Angelegenheiten.“

Die Dramatik war kaum zu überbieten, als noch am selben Tag eine laufende Parlamentsdebatte kurzerhand für die Verlesung einer offiziellen Protestnote durch

Ministerpräsident Massimo D'Alema unterbrochen wurde. Darin attackierte der erste und einzige postkommunistische Premier Westeuropas seinen deutschen Genossen aufs Schärfste. Schröder habe wohl „unzureichende Kenntnis von der politischen Realität Italiens“ im Allgemeinen sowie von der parteipolitischen Entwicklung seines Landes im Besonderen. Alle Parteien des oppositionellen Mitte-Rechts-Bündnisses befänden sich im demokratischen Spektrum, keine könne als neofaschistisch bezeichnet werden, und keine teile die Ideen Jörg Haiders.

Unter dem Beifall der gesamten Abgeordnetenkammer kündigte D'Alema an, der italienische Botschafter werde im Berliner Kanzleramt in dieser Sache vorstellig.

Auch Italiens Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi, ein Parteiloser, gab sich nicht weniger kämpferisch und erteilte gleich eine Generalabsolution: „Alle im Parlament vertretenen Parteien erkennen die italienische Verfassung an, die auf den Prinzipien der Freiheit, der Demokratie und des Respekts vor den Völker- und Menschenrechten beruht. Dies sind die Werte, die ebenfalls den Wesenskern der Europäischen Union bilden.“ Ferner versicherte Ciampi: „Keine italienische Partei bekennt sich zu Ideologien oder verfolgt Ziele, die diesen Prinzipien entgegenstehen.“

„Italien gegen Schröder“

Die italienische Presse ging mit Schröder am folgenden Tag noch härter ins Gericht. Alle großen Tageszeitungen widmeten sich in ihren Aufmachern dem diplomatischen Fauxpas des Kanzlers. „Italien gegen Schröder“ titelte beispielsweise die linksliberale *La Repubblica*, im Berlusconi-Blatt *Il Giornale* hieß es sogar: „Schröder spricht, als sei er

der neue Sekretär der Komintern, der entscheidet, wer politisch akzeptabel ist und wer nicht.“ Selbst die Kommunisten-Zeitung *Il Manifesto* ließ sich zu der Bemerkung „Schröder verletzt unseren Nationalstolz und beleidigt Italiens Rechte“ hinreißen, und der renommierte italienische Journalist Indro Montanelli hoffte, die Richtigstellungen Ciampis und D'Alemas seien für den Kanzler „eine Lektion gewesen, sich doch besser zu informieren (...).“

Indes war man in Berlin um Schadensbegrenzung bemüht. Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye versuchte die Wogen zu glätten. Der Kanzler sei „missverstanden“ worden, man habe eine solche Empörung nicht erwartet und halte sie nebenbei auch für überzogen, so Heye. Die Angelegenheit werde nun „unter Freunden“ beigelegt.

Der Vergleich zwischen der österreichischen FPÖ und der italienischen AN ist weit hergeholt. Jenseits aller Polemik, die Schröder durch seine Äußerung geradezu provozierte, bleibt festzuhalten: Italien ist nicht Österreich, und Fini kann nicht auf eine Stufe mit dem Rechtspopulisten Haider gestellt werden, auch wenn Fini noch 1994 Mussolini als größten Staatsmann des Jahrhunderts bezeichnete. Die AN hat sich bis heute zu einer durchaus demokratischen Rechtspartei gemausert, die jedoch ihre düstere Vergangenheit nicht leugnen kann. Am 26. Dezember 1946 gründeten ehemalige Funktionäre Benito Mussolinis den Movimento Sociale Italiano (Soziale Italienische Bewegung, MSI) als faschistisches Sammelbecken. Ideologisch, programmatisch und personell knüpfte die Partei an die Epoche des historischen Faschismus sowie an die „Republik von Sal“ an, die Mussolini gegen Kriegsende unter dem Schirm der Deutschen in Norditalien ausgerufen hatte. Nationalismus, Antiparlamentarismus und

Antipluralismus gehörten ebenso zum Gedankengut des MSI wie die Bekämpfung der repräsentativen Demokratie. Obwohl die Partei im Nachkriegsitalien als *polo escluso* (ausgeschlossener Pol) verpönt war – sie wurde von vornherein von der Regierungsbank ferngehalten –, stabilisierte sie sich bei durchschnittlich fünf bis sechs Prozentpunkten. Damit war sie immerhin über Jahrzehnte hinweg vierstärkste Partei Italiens und stärkste rechtsextreme Partei Westeuropas.

Die Tabuisierung der extremen Rechten hatte zur Folge, dass der MSI als Anti-System-Partei erst gar nicht in Versuchung gebracht wurde, sich an den ausufernden Verflechtungen und Korruptionsverstrickungen der übrigen so genannten Parteien des Verfassungsbogens zu beteiligen. Doch als Anfang der neunziger Jahre die große moralische Krise der italienischen Parteien offenkundig wurde, drehte sich der Spieß um, und die – wenn auch unfreiwillige – Außenseiterrolle der Neofaschisten machte sich bezahlt. Der MSI war nicht nur von der Parteienkrise ausgenommen, er profitierte vielmehr davon und ging fast unbeschadet aus dem Tangentopoli-Skandal hervor. Plötzlich avancierte er zur Partei des Anstands und der Moral. Gleichzeitig gelangte 1991 ein junger, dynamischer und rhetorisch brillanter Kopf an die Spitze der Partei: Gianfranco Fini. Mit einer Reihe taktisch kluger Manöver führte er den MSI Schritt für Schritt aus seiner Ghetto- und Randstellung heraus. Viel Aufsehen erregte die Kandidatur Finis für das Bürgermeisteramt der Stadt Rom im Herbst 1993. Zwar unterlag er, wenn auch nur knapp, doch gelang es ihm bei dieser Gelegenheit, seine Partei als Zentrum einer legitimierten Rechten zu präsentieren. Anfang 1994 betrieb er die Umbenennung des MSI in *Alleanza Nazionale*, wobei der MSI nicht auf-

gelöst wurde, sondern innerhalb der AN weiter existierte. Doch erst der politische Newcomer Silvio Berlusconi machte die AN, die sich nun selbst als postfaschistisch bezeichnete, salonfähig, indem er vor den Parlamentswahlen vom Frühjahr 1994 ein Bündnis mit Fini einging. Der Erfolg blieb nicht aus: Mit 13,5 Prozent erzielten die Enkel Mussolinis das beste Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte und stiegen zum Juniorpartner der Regierung Berlusconi auf. Damals gab es zwar vereinzelten Protest, jedoch keine förmlichen EU-Maßnahmen gegen Italien.

Der Kunstgriff Gianfranco Finis

Der wichtigste und entscheidende Einschnitt in die Geschichte der Partei fand im Januar 1995 auf dem Parteikongress von Fiuggi statt. Hier löste sich der MSI definitiv auf, und hier gab sich die Partei ein neues Programm, das sich verstärkt zur Mitte hin orientierte. Man bekannte sich erstmals zu den liberal-demokratischen Werten und demonstrierte damit den Willen zum Bruch mit der Vergangenheit. Der ehemalige MSI-Chef Pino Rauti weigerte sich, diese Neuaustrichtung mitzutragen, und gründete den Rechtsaußen-Ableger MSI-Fiamma Tricolore. Für die AN galt der Faschismus von nun an als historisiert, das heißt, man betrachtete die Epoche des Faschismus als abgeschlossen. Somit war es auch gar nicht erst nötig, sich von ihr zu distanzieren. Mit diesem Kunstgriff gelang es Fini zum einen, sein bisheriges Wählerpotenzial nicht zu verprellen, und zum anderen, seine Partei für neue, moderate Schichten zu öffnen. Jede präzisere Festlegung hätte diese Strategie zunichte gemacht. Konkret bekennt sich die AN seit der Wende von Fiuggi zum zentralistisch organisierten Nationalstaat,

zur europäischen Integration, zu einer Marktwirtschaft mit staatlicher Regulierung sowie zu einem starken Law-and-order-Staat. Eine weitere programmatiche Hinwendung zur Mitte erfolgte auf dem Kongress von Verona Anfang 1998. Dort bemühte sich die AN abermals, das Bild einer nationalkonservativen Rechtspartei modernen Zuschnitts zu vermitteln. Fini zieht heute einen scharfen Trennungsstrich zu allen Gruppierungen am rechten Rand und verweigert auch im Europaparlament die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften. Es spricht sogar viel dafür, dass die AN auch in Zukunft am eingeschlagenen Kurs festhält und sich immer mehr zur Mitte hin öffnet, um gegenüber ihrem Bündnispartner Forza Italia an Gewicht zuzulegen. Allzu gern würde Fini eines Tages die Führung im Mitte-Rechts-Bündnis übernehmen, ein Zuwachs seiner Partei, dessen ist sich der AN-Chef bewusst, kann jedoch nur aus der heiß umkämpften Mitte kommen.

Die äußerst harte Reaktion Italiens auf das Schröder-Interview lässt sich nicht nur aus der einmaligen Entgleisung des Kanzlers erklären, ihre Wurzeln liegen tiefer. Italien war schon immer hochsensibel gegenüber jeg-

licher Bevormundung aus Deutschland. Doch insbesondere seit dem Amtsantritt der Regierung Schröder sind die Spannungen im deutsch-italienischen Verhältnis merklich angestiegen.

Freundschaft eingebüßt

Die Italiener leiden zunehmend unter dem neuen Selbstbewusstsein Deutschlands, das die rotgrüne Regierung verkörpert. Der freundschaftliche Kontakt hat an Intensität eingebüßt, der bilaterale Dialog ist geringer geworden und die Besuche in Rom seltener. Hinter vorgehaltener Hand fragt man sich in Italien sogar schon, inwieweit Berlin überhaupt noch Interesse an Rom sowie allgemein an Europa hat. Ähnlich besorgte Töne sind auch aus Paris zu vernehmen, wo die neue deutsche Arroganz als besonders schmerzlich empfunden wird.

Mit Wehmut blicken beide Länder auf das europapolitische Engagement Helmut Kohls zurück. Deutschland kreise nun immer mehr um sich selbst, sei nationaler, unberechenbarer und auch provinzieller geworden, so die italienische und französische Interpretation.

Hausgemachtes Desaster

„Zweifel daran, ob der Deutsche das nötige Rüstzeug für den IWF-Chefposten mitbringt, gibt es unter den Europäern eigentlich nicht. Wenn dennoch Vorbehalte geäußert werden, dann nur wegen der Art und Weise, wie der Bundeskanzler seinen Kandidaten ins Rennen gebracht hat. Kaum habe Ex-IWF-Chef Michel Camdessus seinen Rücktritt erklärt, habe Schröder auch schon Koch-Weser als potenziellen Nachfolger präsentiert. Die Chance, unter mehreren Kandidaten zu wählen, habe er den EU-Partnern nicht gegeben. Besonders Frankreich und Großbritannien zeigten sich darüber verärgert.“

(Cornelia Wolber und Niklaus Blome am 1. März 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)